

Aufhebung des militärischen, Einführung des zivilen Ausnahmezustandes.

Die Verordnung der Reichsregierung.

Berlin, 28. Febr. Die Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar lautet wie folgt. Auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung verordne ich: § 1. Die Verordnungen vom 26. September 1923 (RGBl. Teil I, S. 905) und vom 8. November 1923 (RGBl. Teil I, S. 1084) und vom 23. Dezember 1923 (RGBl. 1924, Teil I, S. 8) werden mit Wirkung vom 1. März 1924 ab aufgehoben. Mit diesem Zeitpunkt treten insbesondere die auf Grund dieser Verordnungen im Einzelfall verfügten Beschränkungen der persönlichen und der Pressefreiheit und des Vereinsrechtes außer Kraft. In Kraft bleiben bis auf weiteres lediglich diejenigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit, die vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bestätigt sind. Auch diese Beschränkungen treten mit dem 15. März 1924 außer Kraft, soweit sie nicht vorher vom Reichsminister des Innern aufgehoben oder auf Grund des § 2 dieser Verordnung erneuert werden.

§ 2. Zur Abwehr von Bestrebungen auf eine gegenwärtige Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform kann der Reichsminister des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle der Zivilverwaltung die notwendigen Maßnahmen treffen. Zu diesem Zweck sind insbesondere Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechebhelms, Anordnung von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen, sowie Beschränkungen des Eigentums außerhalb der sonstigen hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig. Artikel 115, 116, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden vorübergehend außer Kraft gesetzt. Alle Zivilverwaltungsbehörden des Reiches, der Länder und der Kommunen haben den auf Grund des Absatz 1 ergehenden Erträgen des Reichsministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stellen in ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten. Auf Verbote periodischer Druckchriften und auf Verbote und Auflösung von Vereinen und Vereinigungen findet § 5a, auf die Beschränkung der persönlichen Freiheit § 5b der Verordnung vom 26. September 1923 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 905 und derjenigen vom 23. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt 1924, Teil I, S. 8) Anwendung.

§ 3. Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und Aufzüge auf öffentlichen Straßen und Plätzen sind verboten. Die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Stellen können Ausnahmen zulassen.

§ 4. Wer den auf Grund dieser Verordnung ergangenen Anordnungen des Reichsministers des Innern oder der von ihm bestimmten Stellen zuwiderhandelt, wird, sofern nicht durch andere Strafvorschriften eine schwerere Strafe verwickelt ist, mit Gefängnis und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Der Reichsminister des Innern kann bestimmte Teile des Reichsgebietes von der Anwendung der §§ 2-4 der Verordnung ausnehmen.

Berlin, den 28. Februar 1924.

Der Reichspräsident (gez.): Ebert,

Der Reichskanzler (gez.): Marx,

Der Reichsminister des Innern (gez.): Jarres,

Der Reichswehrminister (gez.): Dr. Götler.

Verordnungen des Reichsinnenministers.

Berlin, 29. Febr. Auf Grund des § 5 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 bestimme ich: Das Gebiet des Freistaates Bayern wird mit Rücksicht auf den dort bereits bestehenden weitgehendsten Ausnahmezustand von der Anwendung der §§ 2 und 4 der genannten Verordnung ausgenommen. (gez.): Jarres.

Berlin, 29. Febr. Auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher

Bestrebungen vom 28. Februar 1924 bestimme ich: Es ist verboten, militärische Waffengeräte, insbesondere Militärwaffen oder Munition für Militärwaffen anzubieten, feilzuhalten und an Personen, die nicht zum Besitze solcher Gegenstände zugelassen sind, zu überlassen, den Erwerb oder das Ueberlassen zu vermitteln oder sich zum Erwerb anzubieten. Das Verbot findet keine Anwendung auf die auf Grund des Friedensvertrages durch die interalliierte Militärkontrollkommission zugelassenen Firmen für ihre Lieferungen an solche amtliche Stellen, die nach den geltenden Bestimmungen ihre Organe mit diesen Gegenständen versehen dürfen. Zuwiderhandlungen werden nach § 4 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 bestraft. (gez.): Jarres.

Der Reichsinnenminister begründet die Aufrechterhaltung des zivilen Ausnahmezustandes.

Berlin, 28. Febr. Der Reichsminister des Innern Dr. Jarres hat in der heutigen Sitzung des Reichsrates zur Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes folgende Erklärung abgegeben: Nachdem der Herr Reichspräsident sich auf die Anregung des Chefs der Heeresleitung entschlossen hatte, den bisherigen Ausnahmezustand aufzugeben, hatte die Reichsregierung die Verpflichtung, in eine sorgfältige Erwägung darüber einzutreten, ob die vollständige Beseitigung des Ausnahmezustandes vor dem Volke zu verantworten sei. Von diesen Seiten wurden schon große Bedenken gegen die Beseitigung des militärischen Ausnahmezustandes erhoben und dessen Aufhebung als vorzeitig bezeichnet. Dies gilt natürlich namentlich von dem Freistaat Sachsen, in dem noch in letzter Zeit bedrohliche Erscheinungen festzustellen waren. Deshalb wurde namentlich aus Sachsen in zahlreichen Eingaben die Aufrechterhaltung des militärischen Ausnahmezustandes gefordert. Nach den Verhandlungen mit der sächsischen Regierung hat die Reichsregierung davon Abstand genommen, dem Herrn Reichspräsidenten entsprechende Vorstellungen zu machen, obwohl sie sich des besonderen Ernstes der Lage in Sachsen wohl bewußt ist. Die sächsische Regierung hat jedoch der Reichsregierung die bestimmte Erklärung abgegeben, daß sie mit der vorhandenen Landespolizei, die möglichst bald auf ihren Etat aufgefüllt werden solle, und in Verbindung mit der von dem Militärbefehlshaber aufgestellten Hilfspolizei, die bestehen bleiben und zur Auffüllung der Landespolizei allmählich herangezogen werden solle, in der Lage und festen Willens sei, die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten. Sie hat dafür der Reichsregierung gegenüber die Verantwortung übernommen. Die Verhältnisse im ganzen Reich gestalten nach der Auffassung des Herrn Reichspräsidenten die restlose Aufhebung des Ausnahmezustandes noch nicht. Es machen sich auch heute noch bedrohliche Bestrebungen geltend, die auf gegenwärtigem Wege die Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform erzwingen wollen. Die Reichsregierung ist entschlossen, diesen zentralen revolutionären Bestrebungen, ob sie von links oder von rechts kommen, rücksichtslos entgegenzutreten. Zur Abwehr dieser umstürzlerischen Tendenzen soll daher auch in Zukunft der Ausnahmezustand in nichtmilitärischer Form bestehen bleiben. Der Herr Reichspräsident hat deshalb mit Erlaß vom heutigen Tag den Reichsminister des Innern ermächtigt, die dahingehenden notwendigen Maßnahmen zu treffen. Da in Bayern bereits ein erheblich weitergehender Ausnahmezustand besteht, wird der Reichsminister Bayern gegenüber von dieser Verordnung weitgehenden Gebrauch machen.

Das Reparationsproblem.

Die Parallele mit Desteich.

Paris, 28. Febr. Das Komitee Dawes hatte heute vormittag die angekündigte Besprechung mit dem Leiter der Wirtschaftsabteilung des Völkerbunds, Sir Arthur Salter, der seinen Ausführungen den schriftlichen Bericht zugrundelegte, den er auf Ersuchen des Komitees über die Sanierung Desteichs erstattet hat. — Sir Arthur Salter hat nach Havas auf Grund der in Desteich erzielten Ergebnisse erklärt, daß man, was Deutschland anbelange, der Zukunft mit Vertrauen entgegensehen könne, falls zu sei-

Neueste Nachrichten.

Reichsinnenminister Dr. Stresemann hat gestern im Reichstag eine bedeutsame Rede über die auswärtige Lage gehalten. Er erklärte, daß unsere Zahlungsfähigkeit bezüglich der Besetzungskosten begrenzt sei. Auch die — erzwungenen — Beiträge der Ruhr- und rheinischen Industrie mit den Einbruchsmächten (Nicomverträge) könnte das Reich nach ihrem Ablauf am 15. April nicht mehr finanzieren. Deutschlands Reparationsleistungen hätten bis jetzt 42 Milliarden Goldmark betragen. Solange der französische Ministerpräsident unsere Reparationsleistungen leugne, sei eine Verständigung mit diesem Lande unmöglich. Im jetzigen Augenblick sehe er keine Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund, obwohl die Reichsregierung diesen Bestrebungen nicht ablehnend gegenüberstehe.

Die belgische Kabinettskrise wird in Paris mit Befürchtung verfolgt, weil man in der Ablehnung des belgisch-französischen Wirtschaftsabkommens nicht mit Unrecht die politische Auswirkung der Unzufriedenheit mit der derzeitigen Regierung hinsichtlich ihrer nachgiebigen Haltung gegenüber Frankreich erkennt. Reuter weiß dagegen zu melden, daß nach Auffassung der amtlichen britischen Kreise die Gefahr einer Vooßung der belgischen Politik von der französischen nicht zu befürchten sei. Das wird wohl auch stimmen.

Die Reichsregierung hat in Verfolgung des Antrags des Generals v. Seeckt den militärischen Ausnahmezustand aufgehoben, jedoch durch neue Verordnungen des Reichsinnenministers einen zivilen Ausnahmezustand eingeführt, durch welchen erreicht werden soll, daß Maßnahmen getroffen werden können, um die immer noch bestehenden Gefahren gewaltsamen Umsturzes der Verfassung rasch und wirksam bekämpfen zu können.

nen Gunsten etwas Gleichartiges wie in Desteich durchgeführt werden sollte.

Englische Auffassung über die belgische Kabinettskrise.

London, 29. Febr. Reuter erzählt, daß während keinerlei Neigung in britischen amtlichen Kreisen vorhanden sei, sich zu der politischen Krise in Belgien zu äußern, die allgemeine Empfindung in gut unterrichteten Kreisen die sei, daß die belgische Regierung in einer eigentlich inneren Frage (obgleich nominell eine auswärtige) unterlegen sei. Es sei zweifellos in Belgien eine beträchtliche Unzufriedenheit entstanden über den dauernden Fall des Franken und das Steigen der Preise. In einzelnen Kreisen sei die vorgeschlagene belgisch-französische Kombination nicht als sehr vorteilhaft für das belgische Interesse angesehen worden. Das diplomatische Element habe jedoch mit dieser Sache nichts zu tun. Es werde für äußerst unwahrscheinlich angesehen, daß das französisch-belgische Zusammenwirken in der Reparationsfrage und in verwandten Fragen in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden dürfe.

Die Reparationsabgabe an England.

London, 29. Febr. Schatzkanzler Snowden hat im Unterhaus auf eine Anfrage erklärt, daß vom 31. März 1923 bis Ende Dezember die Einnahmen aus der 26proz. Reparationsabgabe ungefähr 18 Millionen Pfund Sterling betragen hätten. Die Regierung hoffe jetzt, 150 000 Pfund monatlich zu erhalten. — Clynnes erklärte, die Frage der deutschen Reparationen könne in der nächsten Woche erörtert werden.

Macdonald macht in Optimismus

London, 28. Febr. „Daily Telegraph“ zufolge erklärte Macdonald in einer Unterredung mit dem Londoner Berichterstatter der „New York Tribune“, in England und in Europa habe bezüglich der Aussicht auf eine Regelung des europäischen Verhältnisses ein Gefühl des Optimismus Platz geriffen. Er teile dieses Gefühl. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging Macdonald auf das Verhältnis der Arbeiterpartei mit der russischen Arbeiterschaft

ein und erklärte, Moskau sei nicht länger eine Gefahr für England. Er, Macdonald, wolle damit nicht sagen, daß es niemals wieder eine Gefahr werden könne. Keine Partei sei in Ursprung und Geschichte mehr britisch gewesen oder würde mehr britisch sein als die britische Arbeiterpartei.

Polnischer Druck auf England.

Paris, 28. Febr. Nach dem Londoner Korrespondenten des „Echo de Paris“ soll der polnische Gesandte Skirmunt den Ministerpräsidenten Macdonald gebeten haben, ihm gewisse Zusicherungen hinsichtlich der Rede Hendersons zu geben. Die polnischen Vorstellungen sollen sich nach dem Berichterstatter in folgender Form vollzogen haben: Wenn die englische Politik wirklich so ist, wie Henderson angibt, so wird der polnischen Regierung nichts anderes übrig bleiben, als zurückzutreten; denn es wird ihr unmöglich sein, in der öffentlichen Meinung Polens das Vertrauen zu England zu erhalten, das im Anschluß an die Mission Youngs zutage getreten ist. Polen wird dann gezwungen sein, zu rüsten, um sich selbst nach Ost und West zu schützen gegen die Begehrlichkeit von Moskau und Berlin.

Reichstag.

Die Interpellationen über d. Ermächtigungsgesetz und seine Wirkungen.

Berlin, 27. Febr. Die heute mit großer Spannung erwartete Sitzung des Reichstages wird eingeleitet durch eine Rede des Reichsanzlers Dr. Marx, der zunächst hervorhebt, daß es der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes im Großen und Ganzen gelungen ist, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen, daß das Wirtschaftsleben gefestigt und das Parastentum vorbei ist. Der Haushalt habe hinsichtlich der inneren Ausgaben das Gleichgewicht erreicht, das jedoch von der freien Verfügung über die Steuern und Zölle und über das Rhein- und Ruhrgebiet abhängt. Aus der Abnahme der Arbeitslosigkeit sei eine langsame Erholung der Wirtschaft zu erkennen und das Vertrauen des Volkes zum Staate sei wieder erstarkt. Die dauernde Besserung unserer Wirtschaft hänge ab von der Ordnung im besetzten Gebiet. Die Sanierungsmaßnahmen seien leider nur unter schweren Opfern möglich gewesen, aber wenn man eine geordnete Wirtschaft wolle, müsse man das Bittere ertragen lernen. Eine zweite Inflation wäre gleichbedeutend mit unserer Vernichtung. Freilich werde ohne Besserung unserer außenpolitischen Lage alle Mühe und Arbeit nur Stückwerk sein. Das Erwachen der Vernunft bei den ausländischen Wirtschaftlern müsse begrüßt werden. Zwischen Deutschland und den übrigen Mächten bestehe ein Unterschied insofern, als wir ständig bedroht würden durch militärische und wirtschaftliche Gewaltmaßnahmen. Nach einem Ausblick auf spätere bessere Tage richtet Reichsanzler Dr. Marx an die deutsche Beamtenenschaft die Mahnung zu treuer Pflichterfüllung und Hingabe. Von der Volkvertretung erwarte er, daß sie das Vorgehen der Regierung billige. Abänderungen des Ermächtigungsgesetzes seien ausgeschlossen. Sollten doch solche eintreten, so würde die Reichsregierung beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstages beantragen. Die Notverordnungen hätten solange Geltung, als die Not andauere. Alsdann nähme die Regierung selbst eine Aenderung oder Aufhebung der Verordnungen vor. Die Regierung werde ihre ganze Macht gegen eine Aenderung des jetzigen Zustandes anwenden. Der noch immer stabile Stand unserer Währung könne durch kleine Vorkommnisse gefährdet werden. Die Stabilität unserer Finanzen dürfe nicht zur Plattform des Parteistampfes werden. Das Leben der Nation stehe höher. — Abgeordneter Müller-Franken nimmt für sich das Recht in Anspruch zu der Handhabung des Ausnahmezustandes Stellung zu nehmen. Die Reparationsfrage dürfe nur von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus gelöst werden. Keine Regierung könne um die Erfüllungspolitik herumkommen. Die Politiker der Rechten wollten nur die Lasten auf die arbeitenden Klassen abwälzen. Die jetzigen Hungergehälter der Beamten müßten aufgebessert werden und dazu beantrage er die Heranziehung aller Einkommen über 8000 Mark. Der Abbau in der Sozialpolitik sei unerträglich. Die Anwendung des Ausnahmezustandes müsse am schärfsten kritisiert werden. Die weiteren Ausführungen verlieren sich in einer Kritik des Vorgehens der Generale und der Kosten des Ausnahmezustandes, die besser zur Aufbesserung der Schutzpolizeigehälter Verwendung hätten finden sollen. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns weist die Angriffe der Arbeitnehmerpreise zurück und wies nach, daß mit sozialistischen Mitteln den nachrevolutionären Zuständen nicht beigekommen war. Die Hilfe habe vielmehr bei der Wirtschaft eingesetzt werden müssen. Die fürchtbare wirtschaftliche Not nötige auch zur Sparsamkeit auf sozialpolitischem Gebiet. Das Gebiet des Arbeits- und Tarifrechtes bleibe unberührt. Bei unserer wirtschaftlichen Verfallung sei der Achtstundentag in vielen Betrieben ungenügend. Das Washingtoner Abkommen sei nur von wenigen Nationen unverändert angenommen worden. Ausnahmen zum Achtstundentag und eine Neuregelung der Arbeitszeit seien auch von den Sozialdemokraten befürwortet worden. Die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen sei weiter unerträglich. Die Opposition einzelner Arbeitgeber gegen die neue Schlichtungsverordnung würde von der Regierung mit allen notwendigen Mitteln bekämpft werden. Zum Schluß kritisierte der Minister noch das Verhalten der Arbeitgeber gegenüber der Sozialpolitik und hob hervor, daß die wesentlichsten sozialpolitischen Einrichtungen trotz der Not des Reiches aufrechterhalten wurden. Damit war die Sitzung beendet und die Weiterberatung wurde auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr anberaumt.

Fortsetzung der politischen Aussprache.

Berlin, 27. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde die politische Aussprache fortgesetzt. Abg. Joss (Ztr.)

Ämtliche Bekanntmachung.

Bekanntmachung

betr. Schutz des Publikums gegen Belästigung durch Hunde.

In letzter Zeit mehrten sich die Klagen über Gefährdung und Belästigung der Bevölkerung durch Hunde. Es wird deshalb auf folgende Bestimmungen zur genaueren Nachachtung hingewiesen:

1. Frei umherlaufende Hunde müssen mit Halsbändern versehen sein, die Namen und Wohnort des Besitzers des Hundes ersehen lassen (Min. Verfg. v. 11. Juli 1912 § 45).

2. Große Hunde, wie Bullenbeißer, Jagrüden, Megger- und Schäferhunde, Neufundländer, Bernhardiner, Leonberger, und Ulmer Hunde, ebenso alle rauflustigen oder bissigen Hunde wie Bulldoggen müssen außerhalb der Wohnung oder des geschlossenen Hofraums des Besitzers mit einem das Beißen verhindernden Maulkorb versehen sein.

Hunde, welche vorchriftswidrig betroffen werden, ist jedermann einzufangen beugt; der eingefangene Hund muß jedoch sofort an die Ortspolizeibehörde abgeliefert werden.

Bösartige Hunde, insbesondere solche, welche ungerührt einen Menschen angefallen haben, ebenso rüdische Hunde sind von Polizeiwegen töten zu lassen. Solche Hunde sind bis zur Entscheidung über eine erhobene Beichwerde in sicheren Gewahrsam zu nehmen; die Kosten dieser Maßregel hat der Eigentümer des Hundes vorzutragen (§ 1, 3 und 5 Min. Verfg. v. 5. Nov. 74).

Im Hinblick auf die Tatsache, daß in einer Reihe von Oberamtsbezirken die Tollwut ausgebrochen ist, werden die Ortspolizeibehörden angewiesen, vorstehende Bestimmungen mit voller Strenge durchzuführen.

Calw, den 27. Februar 1924.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

erklärt, daß es für die Volkvertretung schwer sei, den Verordnungen gegenüber die Zurückhaltung zu üben, die die Regierung wünsche. Bedenken hat der Redner auch gegen einen zivilen Ausnahmezustand. Weiterhin kritisiert er den Beamtenabbau, der Vertretern der alten Richtung übertragen worden sei, die mit den ihnen nicht genehmen Leuten aufräumten. Die Steuer- und Notverordnung enthalte Bestimmungen, die einer Aenderung dringend bedürften. Den Arbeitsminister nimmt Redner gegen Angriffe in Schutz und stellt fest, daß nicht seine Verordnungen schlecht seien, sondern ihre Durchführung. Große Teile der deutschen Unternehmerschaft hätten eine Haltung angenommen, die politisch sehr schlimme Wirkungen haben könne. — Reichsjustizminister Dr. Emminger gibt eine Uebersicht über die Tätigkeit seines Ressorts unter dem Ermächtigungsgesetz und verteidigt die einzelnen Verordnungen, die in die Zivil- und die Strafprozessordnung eingreifen. Bezüglich der Auswertungsfrage erklärt er, daß sie nicht in einer Weise gelöst werden könne, die allen Wünschen gerecht werde. Die sozialdemokratischen Abänderungsanträge seien wirtschaftlich undurchführbar. Eine Aufhebung der Steuernotverordnungen würde eine verheerende Inflation herbeiführen und die schlimmsten wirtschaftlichen und politischen Folgen haben. — Abgeordneter Dr. Scholz (Deutsche Volksp.) meint, daß für die Parteien, die jeinerzeit das Ermächtigungsgesetz geschlossen hätten, Beschränkung in Aenderungs- und Aufhebungsanträgen politische Pflicht sei. — Abgeordneter Hertz (Deutnat.) erklärt, daß manche Väter des Ermächtigungsgesetzes jetzt ein Grauen vor ihrer eigenen Schöpfung hätten. Nach einer Polemik gegen die Sozialdemokratie stellt er fest, daß der Reichstag überaltert sei und einem neuen Platz machen müsse. Der Wahltermin müsse mindestens auf den 6. April festgesetzt und gleichzeitig die Neuwahl des Reichspräsidenten vorgenommen werden. Während der Reichstagswahlen müsse der militärische Ausnahmezustand aufrechterhalten werden. In Sachsen, Thüringen und Mecklenburg seien die Wahlen durch ihn nicht beeinflusst worden. Schließlich verlangt der Redner den sofortigen Abbau des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik, eine Revision der Weimarer Verfassung und beantragt Aufgabe der Steuernotverordnung. Nach einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen dem Abgeordneten Hertz und dem Abgeordneten Hoffmann (Soz.), die teilweise ziemlich heftig im Hause herorkuft, an der sich auch die Tribünenbesucher beteiligen, wird die Weiterberatung auf Donnerstag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Die Frage der Auflösung des Reichstages.

Berlin, 29. Febr. Wie die Blätter melden, fanden gestern abend zwischen dem Reichsanzler und den Parteiführern Besprechungen über die Frage der Auflösung des Reichstages statt. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Reichsminister des Innern Dr. Jarres erklärte nach der Besprechung einem Mitarbeiter des „Berl. Tageblattes“, daß die Frage der Auflösung des Reichstages von der weiteren Haltung der Parteien zur Frage der Spezialdebatte über die Notverordnung abhängen werde. Der von der Deutschen Volkspartei beschlossene Initiativantrag, wonach der Reichstag am 3. Mai aufgelöst werden soll und die Wahlen für den neuen Reichstag am 4. Mai stattfinden sollen, ist übrigens noch nicht eingebracht worden. Die Deutschnationalen beabsichtigen, dem „Berliner Lokalanzeiger“ zufolge, zu beantragen, daß der Reichstag am 5. April aufgelöst werde und die Neuwahlen am 6. April stattfinden.

Vermischte Nachrichten.

Verhaftung von Kommunisten in Dresden.

Berlin, 28. Febr. Nach einer Blättermeldung aus Dresden sind dort gestern 66 Kommunisten, die eine Beratung abhielten, verhaftet worden, darunter der Landtagsabgeordnete Renner. Im Landtag forderten die Kommunisten die Freilassung Renners. Es wird heute abend darüber beschlossen werden.

Die Anklärung der Berliner Frauenmorde.

Berlin, 27. Febr. In der Nacht zum Sonntag ist, wie gemeldet wurde, in der Eschleiermacherstraße an einer 64 Jahre alten Frau Trautmann und ihrer 40 Jahre alten Tochter Frau Hoffmann ein Doppelmord verübt worden. Als Mörder ist ein 26jähriger Wachtmeister der Schutzpolizei, Bruno Gertl, verhaftet worden. Er hat ein volles Geständnis abgelegt. Er erklärt, er habe abends nach dem Dienst in einem Bierlokal die beiden Frauen kennen gelernt. Es sei sehr animiert zugegangen, viel getrunken worden und er habe die Frauen nach Hause begleitet. Beim Betreten der Wohnung habe er an keine Gewalttat gedacht, aber dann müsse es, als er mit der Frau Hoffmann in der Küche allein war, wie ein Rausch über ihn gekommen sein. Er habe der Frau eine Drahtschlinge um den Hals gelegt und sie erdrosselt, ehe sie einen Laut habe von sich geben können. Als sie auf dem Boden lag, habe er auf sie eingeschlagen, ihr mit dem Messer Etische beigebracht und sie gebissen und dabei auch, soweit er wisse, die Kleider vom Leibe gerissen, die er später, als er wieder zur Besinnung kam, wieder über die Leiche gebreitet habe. Dann sei er sich auch der Gefahr bewußt geworden, in der er sich befand, und um zu verhindern, daß die Mutter ihn als Täter entlarve, habe er auch diese im Nebenzimmer aus dem Bett gerissen und erdrosselt. Dann habe er sich vom Blut gereinigt und nach Hause begeben und schlafen gelegt. In seinem Geständnis hat der Täter behauptet, er habe viele Bücher über Sexualprobleme gelesen und sich beim Lesen stets geprüft, ob solche Fälle auf ihn zuträfen.

Veräurmen Sie nicht

den Anfang des dieser
Tage in unserer Zeitung
beginnenden Romans.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. Februar 1924.

Vorfrühling.

Dort drüben am Hang, wo die Haselbüsch' steh'n,
Dort habe ich heute den Frühling geseh'n.
Gar heimlich und leise durchzog er das Land,
Die Blätter klappern in Lüften sein lichtblaues Band.
Und wo er die Erde berührte ganz leicht,
Das Weiden, die Primel vom Schlafe erwacht.
Kings um ihn her singt es und klingt es: „'s ist Zeit,
Der Frühling kommt wieder, drum macht euch bereit!“
Doch eilig und schnelle entfliehet er gleich;
Wohl weiß er es, 's ist noch nicht Zeit für sein Reich. —
Die Sonne, das Vöglein dort drüben im Strauch,
Die haben allbeide den Frühling heut' auch.
Dum singt auch das Vöglein, drum klingt auch des Lied,
Weil bald ja der Frühling als König einzieht! G. H.

Dank der Tübinger Studentenschaft an die Landwirtschaft.

Die Tübinger Studentenschaft sieht sich veranlaßt, der württembergischen Landwirtschaft herzlichsten Dank für ihre opferreue Unterstützung auszusprechen. Seit Beginn des Semesters im Oktober ging fast jede Woche ein größerer Trupp Studierender in Gruppen von je zwei Mann in verschiedene Oberämter hinaus, um dort Lebensmittel und Geldspenden zu sammeln. Das Gesamtergebnis übertraf alle Erwartungen und ermöglichte es, daß die Mehrzahl der, namentlich dem schwergeprüften Mittelstand entstammenden Studierenden über die schwere Zeit dieses Winters ihr Studium weiterführen konnte. Von etwa 2000 Studenten essen täglich rund 1200 in den beiden Heimen der Studentenhilfe.

Evangelische Landeskirchenversammlung.

(EGB.) Stuttgart, 26. Febr. Seit gestern tagt im Furtbachhaus die Evangelische Landeskirchenversammlung. Die heutige Sitzung begann mit einer Erklärung des Konsistorialpräsidenten Dr. v. Zeller zum Kirchenjahresgesetz, mit dem ein neuer Abschnitt in der württ. Kirchengeschichte beginne, weshalb er aufrichtig das Zustandekommen des Gesetzes begrüße. Bei den Beratungen des Landtags habe das Gesetz erhebliche Verbesserungen vom kirchlichen Standpunkt aus erhalten, doch bilde die Vollziehbarkeit der landeskirchlichen Steuerbeschlüsse den Gegenstand ernstlicher Besorgnisse. Hoffentlich werde die Zusage erfüllt, daß das Gesetz eine weitherzige, den Bedürfnissen der Kirche Rechnung tragende Anwendung finden werde. Sodann wandte man sich der Frage des Abbaues zu. Der Berichterstatter, Landgerichtspräsident Dr. Mayer, empfahl die Annahme eines Antrags, worin zum Ausdruck gebracht wird, daß die evangelische Kirche zur äußersten Sparsamkeit bereit ist. Sie dürfe aber nicht so belastet werden, daß die Erfüllung ihrer Aufgaben gefährdet werde und daß die Kirchengenossen, deren staatliche Steuerleistung nicht erleichtert wird, unter schwerem Druck leiden müßten. Aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen wird gegen die von staatlicher Seite

In Aussicht gestellte Auserlegung eines Drittels der Gehalts- und Pensionslasten an die Kirche entschieden Einspruch erhoben. Konsistorialpräsident Dr. v. Zeller erklärte, falls versucht werden sollte, die Vorschriften des Ermächtigungsgesetzes und der Abbauperordnung in einer Weise wirksam werden zu lassen, die mit der Verfassung nicht vereinbar wäre, das Reichsgericht angerufen werden müsse.

(S. B.) Stuttgart, 28. Febr. Die Landeskirchenversammlung beschäftigte sich heute in nicht öffentl. Sitzung mit der Wahl des Kirchenpräsidenten, gelangte aber vormittags noch zu keinem Ergebnis. Als besonders aussichtsreiche Kandidaten gelten Prälat D. Traub und Prälat D. Schöll.

Simmozheim, 28. Febr. Nachdem die Staren schon fast vierzehn Tage durch ihren frühen Gesang die Winterstimmung zu verschleichen gesucht hatten, stellte sich heute im Tale zwischen Simmozheim und Weilderstadt den erlauteten Zuschauern ein Storch vor, was gewiß in einem solchen strengen Spätwinter eine große Seltenheit ist.

(S. B.) Pforzheim, 28. Febr. Der Fleischverbrauch ist hier von 175 000 Kilo im Dezember 1923 auf 260 000 Kilo im Januar 1924 gestiegen. Der größte Teil des Schlachtviehs wurde von den Viehmärkten in Stuttgart bezogen. Da die Transporte württ. Viehs nicht mehr über Stuttgart geleitet werden brauchen, wird die Stadt Pforzheim vom 3. März ab eigene Schlachtviehmärkte einführen. Sie hat die auf dem Gelände des neuen Schlachthofs erstellte Markthalle für die Aufnahme eines Großvieh- und Kleinviehmarktes eingerichtet. In einer Wirtschaft hat sich ein in der Holzgartestraße wohnender 31 Jahre alter Techniker aus Karlsruhe vergiftet. Der Grund zum Selbstmord ist vermutlich Liebeskummer.

(S. B.) Salztetten O. H. 26. Febr. Einem Pforzheimer Aufkäufer sind hier 400 Eier abgenommen worden, weil er keine Berechtigung zum Auktions hatte. An der betreffenden Bahnstation wurden binnen weniger Tage etwa 1000 Eier beschlagnahmt.

(S. B.) Heilbronn, 28. Febr. Die Postdirektion in Heilbronn hat in ihrem Bezirk eine kleine Volkszählung vorgenommen. Nach dieser beträgt die Zahl der selbständigen Haushaltungen: in Heilbronn 11 739 (Einwohner 44 667), Böckingen 2713 (11 407), Redargartach 1036 (4399), Sontheim 762 (3154), zusammen 16 251 selbständige Haushaltungen mit 63 627 Einwohnern.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1000 Ma.
1 Schweiz. Franken	731,82 Ma.
1 holl. Gulden	573,92 Ma.
1 franz. Franken	173,45 Ma.
Reichsindexziffer	1,03 Bill.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1000 Ma.

W. j.

8) Von Nikolaus Vogel.

Das Hofgefinde, das sich nach und nach um ihn versammelt hatte, streckte neugierig die Köpfe vor. In demselben Augenblick kam eine junge Bauersfrau vorbei, und blieb, als sie den Philosophen erblickte, verwundert stehen. „Ach, was ist denn dir passiert?“ schrie sie auf, und schlug die Hände zusammen.

„Na, was denn, dummes Ding?“

„Ach, mein Gott, du bist ja ganz grau geworden!“

„Donnerwetter ja, sie sagt die Wahrheit.“ pflichtete ihr Spirid, den Philosophen aufmerksam betrachtend, bei. „Du bist so grau geworden wie der alte Jawtuch.“

Als der Philosoph das hörte, lief er eilich in die Küche, wo er an der Wand ein kleines, beschmutztes Stückchen Spiegel bemerkt hatte; mit Schrecken sah er nun, daß die Leute nicht gelogen hatten — er war tatsächlich in der einen Nacht ergraut.

Thomas ließ den Kopf hängen, und versank in dumpfen Brüden.

„Ich werde zum Herrn gehen,“ sagte er endlich, „ihm alles erzählen, und ihm erklären, daß ich keine Gebete mehr lesen werde. Er soll mich sofort wieder nach Kiew zurückschicken.“ Und er machte sich auf den Weg zur Freitreppe des Herrschaftshauses. Der Hauptmann sah regungslos in seinem Zimmer und starrte in dumpfer Trauer vor sich hin.

„Guten Tag,“ sagte er, Thomas bemerkend, der, die Mütze in der Hand, an der Tür stehen geblieben war. „Nun, wie geht es dir? Alles in Ordnung?“

„Jawohl, alles in Ordnung, alles in bester Ordnung; da passieren derart teuflische Dinge, daß man am liebsten gleich die Mütze nehmen und fortlaufen möchte, soweit die Füße einen tragen.“

„Aber wiejo denn?“

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S. B.) Stuttgart, 28. Febr. Die Haltung der Börse bleibt andauernd schwach und die meisten Kurse gaben wieder nach. Württ. Notenb. — 2 (68), Hamb. Mälz. — 2 (12), Bessig. Del. — 1,5 (36), Hohner — 3 (35), Kammgarn Bietigheim — 4 (56), Salz Heilbronn + 4 (100), Schleppehjahr — 3 (8), Baumw. Kuchen + 2 (25), Verein. Del. — 3 (43), Wollb. Weilderstadt — 2 (30), Spinerei Ehlingen — 2 (50), Württ. Transport — 2 Bill. (38 Bill.)

Landesproduktenbörse.

(S. B.) Stuttgart, 28. Febr. Auf dem Getreidemarkt sind keine Veränderungen zu verzeichnen, die Stimmung bleibt fest bei kleinem Geschäft. Es notierten je 100 Kilo: Weizen 20,25—20,75 (am 25. Febr.: 20,25—20,75), Sommergerste 21,50—22,50 (21—22), Roggen 17,50—18 (18 bis 18,50), Haber 14—14,50 (unv.), Weizenmehl 30,25 bis 31,25 (unv.), Brotmehl 27,25—28,25 (unv.), Kleie 9—9,50 (unv.), Weizenheu 8—8,50 (unv.), Kleeheu 9—10 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 5,50—6 (unv.).

Märkte.

(S. B.) Stuttgart, 28. Febr. Dem Donnerstagsmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 179 Ochsen, 45 Bullen, 200 Jungbullen (unverkauft 57), 218 Jungriinder, 158 Kühe, 542 Kälber, 693 (50) Schweine, 47 Schafe. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpf.: Ochsen 1 33—36 (35—35), 2 21—30 (25—31); Bullen 1. 28—31 (31—33), 2. 21—26 (23 bis 29); Jungriinder 1. 36—40 (39—42), 2. 32—35 (34—37), 3. 23—29 (24—30); Kühe 1. 26—31 (27—32), 2. 19—24 (20—24), 3. 11—16 (12—16); Kälber 1. 53—55 (53—56), 2. 47—51 (48 bis 52), 3. 45—45 (40—46); Schweine 1. 65—70 (71—73), 2. 62 bis 64 (65—69), 3. 50—58 (58—63). Verlauf des Marktes: bei Kälbern belebt, sonst langsam, Ueberstand in Großvieh und Schweinen.

Fruchtmärkte.

(S. B.) Gelsingen a. St., 25. Febr. (Fruchtschranne.) Zufuhr: 8 Ztr. Kernen, 38 Ztr. Weizen, 2 Ztr. Gerste, 17 Ztr. Haber. Erlös wurden pro Ztr.: Kernen 11,50 M. Weizen 10,50—12,50, Gerste 10,50, Haber 7 M. Alles wurde verkauft.

Holzwerke.

(S. B.) Weilderstadt, 26. Febr. (Langholz-Verkauf) Bei dem in den städt. Waldungen in Wöllingen vorgenommenen Nadelstammholzverkauf, der freihändig stattfand, wurden 168 Prozent der Landesgrundpreise erzielt.

(S. B.) Horb, 28. Febr. Beim Brennholzverkauf der Stadtgemeinde wurden unsinnige Preise gesteigert. So kam Tannenholz auf 18—22, Buchenholz auf 25—28 M pro Km. und Reisig pro 100 Wesseln auf 16 M.

(S. B.) Freudenstadt, 26. Febr. Bei dem letzten Forststammholzverkauf der Waldinspektion Freudenstadt kamen im christlichen Aufstreich 554 Zm. 1. bis 5. Klasse zum Verkauf. Die Nachfrage war sehr stark. Die Höchstgebote für die 12 Lose beliefen sich auf 120, 129,5, 135, 138,3, 136,3, 137,3, 135,8, 137,3, 138,5, 145,1, 146,3, 132,5 Prozent der Landesgrundpreise. Das Gesamtangebot belief sich auf 14 874 53 M., der Gesamterlös auf 20 469 M., was einem Durchschnittserlös von 137,6 Prozent entspricht.

„Nun, Ihre Tochter, Herr... Wenn man's richtig überlegt, ist sie selbstverständlich aus adligem Geschlecht; dem wird auch niemand widersprechen. Aber — werdet nicht zornig — Gott geb' ihrer Seele Ruhe...“

„Nun, was ist denn mit meiner Tochter?“

„Sie ist mit dem Teufel im Bunde. Sie verbreitete solchen Schrecken, daß man gar nicht beten kann.“

„Bete, bete nur! Nicht umsonst hat sie dich dazu bestimmt; mein Täubchen war um ihr Seelenheil besorgt, und wollte durch deine Gebete die Verführung des Bösen zu Schanden machen.“

„Ihr habt die Gewalt, Herr, aber, bei Gott, es geht über meine Kräfte.“

„Bete, bete.“ juhr der Hauptmann in überredendem Tone fort; „du hast ja noch eine Nacht übrig. Du hast dann ein christliches Werk getan, und ich werde dich reichlich belohnen.“

„Und wenn Ihre Belohnungen noch so groß sind... Nacht, was Ihr wollt, Herr, aber ich werde nicht mehr beten.“

„Hör', Philosoph.“ sagte der Hauptmann, und seine Stimme wurde hart und drohend, „ich kann solche Einjälle nicht ausstehen. In deinem Seminar kannst du tun, was du willst, aber hier bei mir ist das anders. Wenn ich dich einmal durchpeitschen lasse, so wird das nicht so mild sein, wie bei eurem Rektor. Bei mir wird ordentlich gedroschen dann Brantwein darüber gegossen und dann nochmals gedroschen. Also geh, und vollende deine Sache. Gehorcht du nicht, so lasse ich dich zu Brei prügeln, bist du aber folgsam, so bekommst du tausend Dukaten.“

„O, o, das ist mir ein Kerl!“ dachte der Philosoph beim Hinausgehen. „Mit dem ist nicht zu spaßen. Aber warte nur, Freundchen, ich werde dir so geschickt entweichen, daß du mich selbst mit deinen Hunden nicht einholst!“ Und Thomas beschloß, unbedingt zu flüchten. Er wartete nur auf die Stunde nach dem Mittagmahl, um welche Zeit

Weinversteigerungen.

In Weimsheim wurden bei der Weinversteigerung bezahlt für 1922er 40—43 M., 1923er Rotwein 75—100, Schillerwein 67—70 M pro Hl. Bei Weißriesling waren bis zu 80 M geboten, aber es kam kein Verkauf zustande. — In Schwabgeren erzielten 1923er Rotweine sowie Schillerweine 70—111 Markt, 1922er 55—70 M. Auch hier wurde die Versteigerung in Weißriesling eingestellt, weil die Angebote zu gering waren.

(S. B.) Zellbach, 28. Febr. Bei der hiesigen Weinversteigerung wurden hohe Preise bezahlt und zwar für Mittelfeld 1923 150—170 M. für Bergweine 160—191 M. für gemischt Mittelfeld und Bergweine 157—163 M. und für ein kleines Quantum Bergweine 1922 112 M pro Hl.

Die Briefchen Kleinbettelbelle dürfen leiblich nicht an den Briefchen und Kleinbettelbelle gemessen werden, da für jene noch die sog. weilschalligen Briefchen in Sulzlag kommen. 2. Schritt.

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Gottesdienst.

am Sonntag Estomihi, den 2. März 1924.

Rom Turm: 32.

10 und 11 Uhr Predigt, Stadtvikar Gös, Eingangstied Nr. 34 Ach bleib mit Dein; Sonntagsschule fällt aus; 1 Uhr Christenlehre (Eöhne alt. Abt.); 5 Uhr Abendpredigt, Stadtpfarrer Lang, Donnerstag, 6. März, Vortrag: „Kirchenaustritt?“ Stadtpf. Lang, Schlußwort Stefan Zeller.

Kath. Gottesdienst

Sonntag, 2. März, 8 Uhr Frühmesse; 10 Uhr Predigt und Amt; 2 Uhr Andacht. Am Usher Mittwoch, 8 Uhr Amt mit Messerung.

Gottesdienste der Methodistengemeinde

Sonntag, 2. März, 10 Uhr Predigt, Blecker; 11 Uhr Sonntagsschule, 5 Uhr Predigt. Mittwoch, 8 Uhr Bibel- und Gebetsstunde. Stammheim, 10 Uhr Predigt Fißler, 12 Uhr Predigt; Mittwoch, 8 Uhr Bibel- u. Gebetsstunde.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seimanns, Druck und Verlag der W. Celschläger'schen Buchdruckerei, Weim.

Schuhhaus B. Weigel, Pforzheim

Sernpredher 672

Deimlingstraße 18

Beste Bezugsquelle für

Straßen-, Sport- und Gesellschafts-Schuhe.

Alleinverkauf der Qualitätsmarke Fortschritt Beachten Sie meine Auslagen!



Kinderwagen & Sportwagen

in einfach bis hochsein

Kindermöbel, Ruhestühle

Koffer und Leder-Waren

In gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei

Wilhelm Broß, Pforzheim

Ecke Zerronnenstr. und Baumstraße.

das gesamte Gefinde in den Scheunen auf dem Heu zu schlagen pflegte, und als endlich dieser Augenblick gekommen war, und sogar der Kosak Jawtuch sich in der Sonne ausstreckte, und die Augen geschlossen hatte, begab sich der Philosoph mit ängstlichem Zittern und Beben ganz heimlich in den herrschaftlichen Garten, von wo aus er leichter ungelesen auf das freie Feld entfliehen zu können glaubte. Der Garten war dicht mit Obstbäumen und Sträuchern bepflanzt. Hinter dem Zaun, der den Garten begrenzte, zog sich dichtes, undurchdringliches Steppenkraut über den Boden hin.

Als der Philosoph den Zaun überstiegen hatte, lief er durch das Steppenkraut über das Feld und gelangte schließlich in ein dichtes dorniges Gebüsch. Er stürzte sich hinein ohne darauf zu achten, daß ihm die Dornen ganze Fegen von seinem Rock rissen. Endlich kam er auf eine kleine Lichtung hinaus, auf der unter den tief herabhängenden Zweigen einer Weide eine klare, silberhimmernde Quelle floß. Der Philosoph kniete nieder und schlürfte, von unerträglichem Durst geplagt, in vollen Zügen den kühlen Trunk.

„Prächtiges Wasser,“ sagte er, sich wieder erhebend, „hier könnte man sich recht schön ausruhen.“

„Nein, lieber weiterlaufen; sonst könnte man dich gar zu leicht einholen!“ ertönte plötzlich eine Stimme dicht neben ihm.

Er wandte sich um — vor ihm stand Jawtuch, und schaute ihn überlegen lächelnd an. „Du hast ganz unnützlich solchen Umweg gemacht. Wärfst du besser über den geraden Weg, den ich gekommen bin, gegangen, dann hättest du auch deinen Rock geschont. Allein, wir sind jetzt genug herumspaziert, es ist Zeit, wieder nach Hause zu gehen.“

Der Philosoph fragte sich ärgerlich den Kopf, und schlenberten ergeben hinter dem Kosaken her.

(Schluß folgt.)

Ernst Schall, Calw

Rufnummer 68.

Eingang von Damen- und Mädchen-Mäntel
in Covercoat (halb- und reinwolle), Tuch, Gabardine, Wollserge
Damen- und Mädchen-Kleider
Kostüme, Kostümröcke.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 2. März 1924 stattfindenden

kirchlichen Trauung

höflichst einzuladen.

Willy Giffibl

Sohn des Küfermeisters Josef Giffibl
Eitingen bei Kronberg.

Gertrud Giffibl, geb. Burghardt

Tochter des Ludwig Burghardt, Musiker, Liebenzell.

Kirchgang um 12 Uhr in Bad Liebenzell.

Neuweiler-Oberhaugstett.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Dienstag, den 4. März 1924 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Adler“ in Neuweiler freundlichst einzuladen.

Ernst Koller, Bauer

Sohn des Johann Georg Koller in Neuweiler.

Lina Braun

Tochter des Jakob Friedrich Braun, Bauer
in Oberhaugstett.

Kirchgang 12 Uhr.



Bekleidung
Ausstattung

Carl Rauhle, Calw.

Fast neue 3-reihige

**Hand-
harmonika**

12 Bläse, hat zu verkaufen
Michael Koch, Altburg.

Ca. 30 Ztr. jebr
gutes

Wiesenheu

verkauft
W. Eberhard, z. „Fah“,
Bad Teinach.

Gesucht werden

3 - 500 Mark
auf kurze Zeit mit 20%
Zins gegen gute Sicherheit
Angebot unter N. S. 585
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Ein kleineres, geglämmertes
Häuschen

mit Gazelede gedeckt, noch neu
für Garten oder sonstiges
Grundstück geeignet, ist auf
den Abbruch zu verkaufen.
Obere Marktstraße 18.

Meiner werten Kundschaft zur Nachricht, daß

vom 1. März ab
mein Laden wieder geöffnet ist.

Albert Knoll, Geschirrhdlg.
Vorstadt.

Eine guterhaltene 7er Strickmaschine
hat abzugeben der Obige.

Württ.

Forstamt Stammheim.
Keinig-Berkau.

Am Montag, den
3. März 1924, nachmittags
2 Uhr, wird im „Röhl“ in
Stammheim das Durchfor-
stungsresultat aus Distrikt I
Dikemer Wald Abt. 3, 4, 9,
14, 17, 22, 28 in 129 Fächern-
loten mit 7295 gehägten
Welsen im Ausschreibungs-
verkauf.

Am Dienstag ging silbernes
Armband
mit farb. Stein. (Opalen)
verloren.

Da Andenken wertvoll, Rück-
gabe gegen Belohnung gebet.
Uhländstraße 42B,
Haus Pommert.

Zuverlässiges, pünktliches

Mädchen

das kochen kann und schon
in besserem Hause gedient hat,
auf 1. oder 15. März gerät.
Frau Buchdruckereibesitzer
Zaiser, Nagold.

Uhrmacher

(Heimarbeit) für dauernde
Reparatur (Remontage) bei
höchster Bezahlung
gekauft.

Angebote unter Nr. 51
an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Sämtliches Gemüse

empfiehlt
zum billigsten
Tagespreis
Chr. Hägele.

Eine gebrauchte guterhaltene

Nähmaschine

hat zu verkaufen.
W. Härthorn, Fleischer,
Wehingen.

Verkauf am Samstag,
den 1. März, nachm. 1 Uhr
eine ältere, noch gut erhaltene,
leichte

Einpänner- Egaise

sowie ca. 200 Stück
Wazien-Spaßen
Schmiedmstr. Stürner,
Wehingen.

Haarpangen

repariert rasch
und billig
Friseur Odermatt.

Mostrosinen
(schöne große),
Mostansatz
in Flaschen,
Kristall- und
Würfelzucker
per Pfund von 48 Pf. an,
Koch- u. Viehsalz
in Stoff-Säcken
und sonstige
Kolonialwaren.
Sämtl. Delfarben
Motoröle
Wagenfett
Gartenjämereien
Kotklee
Luzerne
(Umlauf gegen Kotklee)

Haushaltungs-
artikel
Elektrolampen
Deen
und Kochherde
Drachtstifte und
sonst. Eisenwaren
Hemdenflanell
per Meter von 98 Pf. ab,
Kleiderzeugle
Jacken-, Schurz-
und Hosentoffe
Kohlen all. Sorten
empfiehlt billigst
**C. Straile,
Althengstett.**
Fernspr. 115 Amt Calw

Kräutgen
Sungen
der das Bäckerhandwerk
erlernen will,
nimmt in die Lehre.
Wilhelm Braun,
Gasthaus zum „Lamm“,
Altburg.

Samstag und Sonntag, den 1. und 2. März

Sonderplatte

Münchner
Schlachtschüssel

wozu höflichst einladet



Oskar Adam, Küchenmeister,
Weinstube, Hirsau.
Tischbestellung erbeten. :: Fernsprecher Nr. 17.

Am Samstag und Sonntag

halte ich



Nocken-Suppe

und lade hiezu höflich ein.

Karl Scheuerle.

Würzburg.

Der

Radfahrerverein „Edelweiß“
hält am Sonntag, den 2. März 1924
im Gasthaus zum „Hirsau“ eine

Abend- Unterhaltung



ab, verbunden mit musikalischen
und theatralischen Ausführungen.
Saalöffnung 3 Uhr Der Ausschub.

Am Sonntag, den 2. März findet
im Gasthaus z. „Schiff“ in Calw



Hundeshau

Singer
Nähmaschinen
Erläuterte Zahlungsbedingungen
Erzachteile • Nadeln • Del • Garn
Reparaturen

Singer & Co. Pforzheim
Nähmaschinen Act. Ges. Westl. Carl Friedrichstr. 58.
Vertreter in Calw: Eugen Lebzelter
Liebenzell: Konrad Lebzelter

Roggenfuttermehl
für Schweine und Rindvieh
billigt bei
Otto Jung.

Lebens- Feuer- Haftpflicht- Unfall-
Kraftfahrzeug-Versicherung.

Großzügiges Versicherungsunternehmen mit den
besten Einrichtungen
sucht tüchtige Mitarbeiter
(Vertreter, Inspektoren) gegen hohe Bezüge.
Für abgebaute Beamte günstige Gelegen-
heit zur Gründung einer neuen Existenz.
Schriftliche Angebote unter N. St. 51 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Die Zeitungsanzeige
im Urteil erfahrener
Gross-Inserenten!

Das Inserieren ist das Spiel meines
Lebens! Ich verausgabte in 3 Jahren
nicht weniger als 32 Millionen Mark
für Inserate. Ich habe das Spiel ge-
wonnen!
Thomas W. Lawson, Newyork.